

Gemeinde ERZHAUSEN

BESCHLUSS

der Sitzung des Bau-, Verkehrs und Umweltausschusses

vom Montag, den 13.06.2022.

3. **Antrag der Fraktion <GfE> zur Stellplatzsatzung** Drucksache VII/110

Frau Gün (SPD) übernimmt die Sitzungsleitung,
Herr Schnur stellt für die <GfE> den Antrag vor:

Der Antrag hat das Ziel, Parkplatznot bei Neubauten in Erzhausen energischer zu vermeiden. In Erzhausen haben viele Haushalte mehr als zwei PKWs; dazu kommen noch andere Fahrzeuge, bis hin zu Anhängern und Wohnmobilen. Findige Bauherren nutzen die bisherigen Regeln geschickt aus; z.B. in der Industriestraße 14 für 13 Wohneinheiten nur 20 Stellplätze. Außerdem soll eine Verpflichtung geschaffen werden, dass ein bestimmter Anteil der Stellplätze mit Stromanschlüssen zum Laden von Elektrofahrzeugen ausgerüstet wird. Die Anlehnung an die hessische Garagenordnung soll aufgelöst werden, weil diese Ende diesen Jahres ausläuft.

Wesentliche Inhalte der Diskussion:

Ist die Garagenordnung eine bindende Vorgabe für kommunale Stellplatzsatzungen?

Verdeutlichung seitens Herrn Gottsmanns, <GfE>: Die Verordnung des Landes „schlägt“ die kommunale Satzung, welche also lediglich Regelungslücken schließt.

Hinweis von Herrn Endres, B'90/GRÜNE: Wenn eine Verordnung ausläuft, aber keine neue vom Landtag beschlossen wird, läuft die Gültigkeit der ausgelaufenen Verordnung weiter.

Hinweis Herrn Gottsmanns: Alte Garagen sind für heutige Autos zu klein, werden deswegen nicht genutzt.

Meinung Herrn Süllows: Der Antrag zielt auf Wohnungen. Nach eigenen Beobachtungen reichen 1,5 Stellplätze pro Wohneinheit.

Erklärung zum Bauprojekt Industriestraße 14: Zur Zeit des Bauantrages keine reale Teilung des Grundstücks – die wurde allerdings anschließend noch vollzogen...

Meinung: Eine Verknappung von Parkraum in Erzhausen mit seiner immer noch suboptimalen ÖPNV-Anbindung ist kritisch zu sehen ist.

Herr Neumann für die CDU: Die Streichung Zi. 2.3 (mit Hinweis auf Zi. 7) wird von der CDU nicht unterstützt, weil dies zwei voneinander unabhängige Sachverhalte sind. Frau Gün schiebt ein, dass die Regelung zum Ziel hat, z.B. den Ausbau von Dachgeschossen nicht zu behindern.

Herr Neumann erklärt für die CDU, dass seine Fraktion die Erhöhung auf 2 Stellplätze pro Wohneinheit unterstützt, die anderen Vorschläge aber nicht.

Frau Gün (SPD) erinnert daran, dass es schon bei früheren Beratungen Gegenstand intensiver Diskussion war, dass viele Erzhäuser:innen ihr Auto nicht auf ihrem Grundstück parken, obwohl das zumindest früher einmal möglich war. Bei den Neubauten werden die Plätze satzungsgemäß angelegt und genutzt und reichen im wesentlichen aus.

Herr Gottsmann (<GfE>) entgegnet: Im Bensensee gibt es viele neue, große Garagen, die aber nicht genutzt werden. Die Autos werden in den kommenden Jahren aus Erzhausen nicht verschwinden. In Beratungen über Nachverdichtung und Mehrfamilienhäuser sind Stellplätze immer wieder ein kritisches Thema.

Auch Herr Endres (B'90/GRÜNE) sieht das Problem vor allem in den ungenutzten Stellplätzen und Garagen auf privaten Grundstücken.

Bezüglich der Festsetzung zur Ausrüstung von 10% der Stellplätze mit Stromanschlüssen wird klargestellt, dass gewöhnliche Haushaltssteckdosen gemeint sind.

Herr Süllo spricht für B'90/GRÜNE: Die Stellplatzsatzung muss eigentlich nicht geändert werden mit der Ausnahme der „E-Stellplätze“, die die Grünen prinzipiell begrüßen, über die aber noch Informationen beschafft und dann beraten werden müsste.

Bürgermeisterin Lange weist darauf hin, dass niemand ein Anrecht auf einen Parkplatz im öffentlichen Raum hat. In der Hauptstraße wurde zur Verbesserung der Verkehrssituation Parkraum verknappt, nach zunächst tiefen Einschnitten angepasst. Erstaunlicherweise haben die meisten Anwohner ihre Fahrzeuge tatsächlich auf ihren Grundstücken unterbringen können, zumal die Einfahrten nun nicht mehr zugeparkt wurden.

Herr Neuman spricht für die CDU: Für Einfamilienhäuser ändert der Antrag ohnehin nichts. Die Erhöhung auf 2,0 wird unterstützt. Er empfiehlt, heute noch kein Beschluss zu fassen, sondern noch einmal in die Fraktionen zu beraten.

Frau Gün nimmt Stellung für die SPD: Die Wohnflächenangaben werden im Antrag verändert; bei Mehrfamilienhäusern sind Tiefgaragen inzwischen üblich. Die beantragten Änderungen betreffen vor allem Mehrfamilienhäuser. Hier müsste eine saubere Regelung auch unter Einbeziehung gefangener Stellplätze geschaffen werden.

Herr Schnur (<GfE>) präzisiert, dass die beantragte Änderung nur große Wohneinheiten ab 105 m² Wohnfläche und Gebäude mit mehr als zwei Wohneinheiten betrifft. Bei der Schaffung von Lademöglichkeiten hat der Antrag das Ziel, sie zur Pflicht zu machen („muss“ statt „soll“).

Beschluss:

Der Antrag verbleibt im Ausschuss, die <GfE>-Fraktion arbeitet noch einmal die wesentlichen Punkte heraus.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen